

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat (Organisationsnummer und Bezeichnung)	Amt für Jugend, Familien und Frauen
Abteilung/Sachgebiet	51/9 Jugend- und Frauenförderung
Planstelle/Stelle Nr.	Neu
Bewertung <u>bisher</u>	Neu
Funktionsbezeichnung <u>bisher</u>	Neu

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	1
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	EG 10 TvÖD (Entgeltordnung/VKA)	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Jugendbildungsreferent:in queere Jugendarbeit	
Befristung bis	unbefristet	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Die Pluralisierung unserer Gesellschaft stellt junge Menschen vor diverse große und besondere Herausforderungen. Viele verschiedene Lebensformen, -konzepte und -stile und eine vermeintliche Freiheit, diese nach eigenen Vorstellungen gestalten zu können, bieten zum einen viele Entwicklungsmöglichkeiten, bringen zum anderen aber auch eine große Unsicherheit mit sich.

Im März 2015 hat die Bremische Bürgerschaft den „Landesaktionsplan gegen Homo-, Trans*- und Interphobie verabschiedet, in dem Ziele und Maßnahmen benannt sind, die einen konkreten Beitrag zum Abbau von Diskriminierungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*- und intergeschlechtlichen Menschen leisten soll. Der Magistrat ist ebenfalls zur Umsetzung des Landesaktionsplans aufgefordert. Der Magistrat wird regelmäßig durch den Magistratsdirektor im queerpolitischen Beirat Bremen vertreten.

Der Magistrat bekennt sich zu einer Gesellschaft, in der queere Menschen ohne Diskriminierung und Gewalt leben können. Die Belange und Rechte von LGBTIQIA+ Menschen soll in allen Bereichen des öffentlichen Lebens gestärkt werden. Es soll ein respektvolles und inklusives Umfeld für queere Menschen in der Stadt Bremerhaven geschaffen werden. Hierzu hat sich die Koalition im Koalitionsvertrag SPD, CDU, FDP, der 21. Wahlperiode 2023-2027 bekannt. Zur Umsetzung für queere junge Menschen in der Stadt soll eine Jugendbildungsreferent:innenstelle geschaffen werden. Diese Stelle wird in der Abteilung Jugend- und Frauenförderung des Magistrats Bremerhaven angesiedelt sein und soll als ein neues Sachgebiet die Aufgaben für queere Jugendarbeit in der Stadt Bremerhaven bearbeiten. Diese Arbeit wird in enger Abstimmung mit dem Stadtjugendring Bremerhaven durchgeführt werden.

Die Einrichtung einer unbefristeten 1,0 Stelle ist hier zur Umsetzung erforderlich. Aktuell ist die Einrichtung durch einen überplanmäßig anerkannten Bedarf erforderlich. Die Stellenbeschreibung wird nachgereicht.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:

Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom

(wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>